

Behzad Förstl

Bericht aus der Sitzung der Arbeitsgruppe „Engagement junger Menschen“

Schwerpunkt: Shrinking Space – Selbstvertretungen Junger Menschen im europäischen Vergleich

Die Sitzung der BBE-AG „Engagement junger Menschen“, am 4. Februar 2026, behandelte das Thema shrinking spaces anhand von Selbstvertretungen junger Menschen aus Europa am Beispiel von Belarus, der Türkei sowie Frankreich. Die drei Impulse, moderiert durch Shari Kohlmeyer, DBJR & Sprecherin der AG, verdeutlichten, dass Einschränkung des Engagements und der Selbstorganisationen unterschiedliche Ausprägungen haben können, derweil ein zunehmend strukturelles Problem in Europa darstellen. Eingeleitet wurde der TOP durch eine grundsätzliche Einordnung des Phänomens durch Christiane Schneider, DBJR.

In ihrem einleitenden Impuls beleuchtete Schneider anhand mehrerer Fallbeispiele wie politische, finanzielle und diskursive Rahmenbedingungen zivilgesellschaftliches Handeln zunehmend eingeschränkt werden. So wurde die Situation des British Youth Council vorgestellt, dessen Arbeit durch fehlende staatliche Finanzierung stark von privaten Geldgebern abhängig war. Der Wegfall dieser Mittel, bedingt durch Insolvenz wichtiger Sponsoren, führte zu einer erheblichen Schwächung der nationalen Jugendvertretungsstruktur. Ein weiteres Beispiel verdeutlichte die Wechselwirkungen internationaler Finanzierung und nationalstaatlicher Repression: In Serbien gerieten Nichtregierungsorganisationen nach dem Wegfall von Fördermitteln der USAID unter politischen Druck und wurden staatlichen Durchsuchungen unterzogen, da sie als ausländische Einflussakteure deklariert wurden. Oftmals verliefen die Angriffe auf Zivilgesellschaft nach dem gleichen Muster: Erstens Delegitimierung selbstorganisierter Strukturen, häufig begleitet von der gezielten Etablierung regierungsnaher Konkurrenzorganisationen, zweitens der Entzug oder die Kürzung finanzieller Mittel und schließlich die Kriminalisierung und strafrechtliche Verfolgung zivilgesellschaftlichen Engagements. Ein positives Beispiel zur Stärkung der Selbstvertretungen junger Menschen stellt hingegen Dänemark dar. Dort fließen Erlöse aus staatlichen Lotterien in einen Fonds, aus dem der nationale Jugendring und internationale Jugendstrukturen langfristig unterstützt werden.

Yuliya Ralko, RADA – Weißrussland, schilderte die Situation in Weißrussland. RADA wurde 1992 als Selbstorganisation junger Menschen in Weißrussland gegründet und konnte bis 2012 relativ frei agieren. Mit dem Entzug der offiziellen Anerkennung setzte eine umfassende Repression der auch jungen Engagierten ein, die schließlich die Organisation zwang von Litauen aus zu agieren. Im September 2024 wurde RADA

offiziell als extremistische Organisation und als Gefahr für die belarussische Jugend eingestuft. Ralko hebt hervor, dass die Repressionsmaßnahmen nicht nur die Engagierten selbst, sondern auch deren Familien beträfe und Wirkung zeigten: Junge Menschen nennen bei Nachfragen zu zivilgesellschaftlichen Organisationen überwiegend staatlich kontrollierte Strukturen, während unabhängige Organisationen kaum noch sichtbar sind.

Celal Can Bilgiç, GoFor – Türkei, berichtete zunächst, dass in der Türkei keine unabhängige nationale Jugendvertretung vergleichbar mit europäischen Jugendringen existiere. GoFor übernehme de facto diese Rolle, stehe dabei jedoch unter politischem Druck. Diese würden sich unterschiedlich äußern: So sei die Regierung bestrebt, eigene jugendpolitische Organisationen aufzubauen. Gleichzeitig käme es zu staatlichen Interventionen, unter anderem hinsichtlich der internationalen Arbeit der Organisation. Zu betonen sei, dass die regierungsnahen Strukturen der Selbstvertretung junger Menschen lediglich einen Teil dieser Gruppe repräsentieren, die Interessen derjenigen, die nicht dazu gehören, würden keine institutionelle Vertretung in der Politik erfahren.

Maxime Boitieux, Frankreich, betont, dass die Situation in Frankreich nicht mit jenen in Weißrussland und Türkei zu vergleichen seien, gleichwohl sei eine zunehmende Prekarisierung zivilgesellschaftlichen Engagements zu beobachten, insbesondere durch Kürzungen bei Förderprogrammen. Parallel dazu nehmen diskursive Delegitimierungen, rechtliche Auflagen, sowie polizeiliche Maßnahmen gegen einzelne Organisationen, insbesondere im Bereich des Klimaengagements, zu. Als strukturelle Schwächungsfaktoren wurden der Ersatz institutioneller Förderung durch wettbewerbsorientierte Projektfinanzierung, steigende Bürokratieranforderungen, die Instrumentalisierung zivilgesellschaftlicher Akteure für staatliche Politik sowie eine zunehmende Entpolitisierung benannt. In Reaktion darauf haben sich mehrere Organisationen zu Koalitionen zusammengeschlossen.

Zusammenfassend wurde in der Diskussion deutlich, dass in mehreren Kontexten nicht mehr allein von „shrinking spaces“, sondern bereits von „closed spaces“ für junge engagierte Menschen gesprochen werden muss.¹

Autor:

Dr. Behzad Förstl leitet den Bereich Netzwerkbetreuung und verantwortet das Projekt „Patinnen, Mentorinnen, Lots*innen“ im BBE.

Redaktion**BBE-Newsletter**

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

Michaelkirchstr. 17/18

10179 Berlin

Tel.: +49 30 1663-535-00

newsletter@b-b-e.de

www.b-b-e.de

¹ Sofern Kontakt mit den Referent*innen gewünscht wird, wenden Sie sich gerne an Shari Kohlmeyer, shari.kohlmeyer@dbjr.de.